

# „Das widerspricht den Aussagen des Ministerpräsidenten“

Bürgermeister und Vize-Landrat Christoph Göbel sowie Bürgermeisterin Christine Borst überrascht von Herrmanns Vorschlag

VON MARTIN SCHULLERUS

**Würmtal** – Der neuerliche Vorstoß von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, den Südring nun doch in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen, hat sogar seine Parteikollegen auf Kommunal- und Landesebene kalt erwischt. „Ich habe davon überhaupt nichts gewusst, und die Landtagsabgeordnete Kerstin Schreyer-Stäblein auch nicht“, sagte ein gänzlich überraschter Gräfelfinger Bürgermeister und Vize-Landrat Christoph Göbel dem Würmtal-Merkur am Freitagabend.

Joachim Herrmann muss sich nach seinem Vorstoß (s. Seite 1) auf eine Welle der Empörung gefasst machen – und dies auch aus eigenen Reihen. Göbel ließ den diplomatischen Werkzeugkasten schon mal geschlossen: „Der Ministerpräsident hat nach der Machbarkeitsstudie ge-



**Geschlossene Ablehnung des Südrings:** So zeigten sich die Bürgermeister der Südbündnis-Gemeinden vor Bekanntgabe der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im Mai 2010. An ihrer Haltung hat sich nichts geändert.

A-FOTO: SAL

sagt, dass der Südring für die Staatsregierung für mindestens zehn Jahre vom Tisch ist. Das ist gut ein Jahr her. Ich weiß nicht, ob der Mann seine Regierung noch führt oder

nicht.“ Die Machbarkeitsstudie habe gezeigt, dass ein Südring nur stadtnah Sinn machen würde, und dort komme er nur als Tunnel in Frage. Dies wiederum bedeu-

te Kosten jenseits der zwei Milliarden Euro. Göbel: „Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist so schlecht, dass alle Fachleute abgewunken haben.“ Hier handle es sich um eine

reine Phantomdiskussion, die zudem unbegründete Hoffnungen wecke. Göbel: „Der Südring würde gerade denen nichts bringen, die ihn fordern.“

Eine neuerliche „Positionierung“ der Kommunen, wie von Herrmann gefordert, macht nach Göbels Ansicht keinen Sinn, denn: „Es gibt ja keine neuen Argumente.“

Auch Kraillings Bürgermeisterin Christine Borst reagierte mit Überraschung und Ablehnung auf den neuen Vorstoß aus München. Borst: „Ich bin vollkommen überrascht von diesem Vorstoß und verstehe ihn überhaupt nicht. Wir werden gemeinsam mit den Nachbargemeinden erneut Widerstand mobilisieren“, sagte sie dem Merkur.

Die von Joachim Herrmann ebenfalls ins Spiel gebrachte „Bürgerbeteiligung“ rügt Göbel als Augenwischerei. „Von mir aus kann der Landtag gerne einen Volksentscheid dazu beschließen. Das wäre eine echte Bürgerbeteiligung, nicht ein paar E-Mails an die Staatsregierung bis Mitte Dezember.“